

Argumente für die Gründung einer Bürgerinitiative gegen einen neuen Atomreaktor in Garching

1. Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl ist (fast) allen Menschen klar, daß die Risiken von Atom- oder Kernreaktoren, wie sie neuerdings heißen, weder zu 100 Prozent beherrschbar noch lokal begrenzt sind.

Die Folgen eines Versagens dieser Technik sind jedoch mit anderen Technik-Risiken nicht vergleichbar, da die möglichen Schädigungen praktisch irreversibel sind.

2. Als Folge dieser Einsicht und wegen des politischen Widerstandes wurden seitdem in der Bundesrepublik keine neuen Atomreaktoren mehr gebaut oder in Betrieb genommen und in mehreren europäischen Staaten laufen Programme, um in absehbarer Zeit völlig auf den Einsatz von Atomreaktoren zu verzichten.

3. Denn mit dem Bau jedes neuen Atomreaktors erhöht sich unweigerlich die Wahrscheinlichkeit, daß die Katastrophe eines Supergaus eintritt.

4. Weder die Bezeichnung "Forschungsreaktor" oder "Neutronenquelle", noch die Tatsache, daß der bisherige Reaktor seit über 30 Jahren "störungsfrei" in Betrieb ist, kann darüber hinwegtäuschen, daß diese Reaktoren nach den gleichen physikalischen Gesetzen funktionieren wie herkömmliche Atomreaktoren und damit prinzipiell die gleichen Risiken aufweisen.

Wegen seiner komplexeren Technologie ist der geplante Atomreaktor zudem gefährlicher als der bisherige.

5. Auch wenn die Leistung des geplanten Atomreaktors in Garching, und damit das radioaktive Potential, im Vergleich zu Großreaktoren geringer ist, so ist es dennoch wenig tröstlich, daß der akute Gefährdungsradius (d.h. sofortige Evakuierung) nur ca. 10 km beträgt und nur über 200 000 Menschen innerhalb dieses Radius leben; (innerhalb oder am Rande dieses Radius liegen die größeren Gemeinden Unterschleißheim, Oberschleißheim, Eching, Neufahrn, Haimhausen, Hallbergmoos, Moosinning, Aschheim, Kirchheim, Unterföhring, Ismaning, die Stadt Garching sowie die Stadtteile Johanneskirchen, Oberföhring, Schwabing-Nord, Freimann, Hart, Hasenberg und Feldmoching der Landeshauptstadt München). Auch der hundertste Teil der radioaktiven Strahlung eines herkömmlichen Atomreaktors kann für den, den sie trifft, tödlich sein.

6. Aber auch bei normalem Reaktorbetrieb wird lebensfeindliche Radioaktivität erzeugt, die in Spuren immer entweicht, über Jahre und Jahrzehnte Körperzellen abtötet oder verändert und in Überlagerung mit anderen Umweltgiften Leben mehr als "naturgegeben" gefährdet und ökologische Langzeitfolgen verursacht.

Hinzu kommt die Gefährdung der Bevölkerung durch den Transport abgebrannter Brennelemente und das ungeklärte Problem einer langfristigen "Entsorgung".

7. Deshalb ist der Nutzen eines neuen Atomreaktors für die Gesellschaft (Grundlagenforschung, Krebstherapie) auch bei Normalbetrieb mehr als fragwürdig, wenn durch den Atomreaktor eben

jenes krebserregende Potential erhöht wird: Kurzfristiger technischer und wissenschaftlicher Nutzen für den Betreiber darf nicht langfristige Schäden verursachen, die größer sind als der Nutzen und weder kontrollierbar noch revidierbar sind.

Ziele und Forderungen der BI

1. Bei der Abwägung von Nutzen und Risiken des neuen Atomreaktors ist daher zu fordern, daß Wissenschaft und Technik nicht Nebenfolgen in Kauf nehmen, von denen bekannt ist, daß sie nicht gelöst werden können (GAU, Vermehrung der Radioaktivität...)
2. In diesem Sinne ist auch der bisherige Atomreaktor ein ständiges Risiko und sollte stillgelegt werden, zumal neue, wissenschaftlich interessante Ergebnisse kaum mehr zu erzielen sind.
3. Da die Kerntechnologie , wie jede Technologie, ihrem Begriff nach durch bekannte oder noch unbekannte Alternativen ersetzt werden kann, fordern wir, zumal für unser dichtbesiedeltes Gebiet, eine Verlagerung der Forschungsschwerpunkte hin zu einer deutlich umweltverträglichen Forschung.
Dadurch könnte der internationale Ruf des Hochschulstandorts Garching nur noch erhöht werden.
4. Neben einer für die Öffentlichkeit zugänglichen und an ihr beteiligten Technologiefolgenabschätzung und -bewertung für einen neuen Atomreaktor und alternativer Techniken fordern wir die beteiligten Wissenschaftler, Verwaltung und Politik auf, die erkenntnisleitenden und wirtschaftlichen Interessen offenzulegen und die begründbaren oder auch unbegründbaren Ängste und Widerstände der Bevölkerung im Münchner Norden als psychosoziale Tatsachen anzuerkennen und deren Folgewirkungen bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.
5. Die Bürgerinitiative gegen einen Atomreaktor in Garching versteht sich daher als eine parteiübergreifende, offene Plattform, um im politischen Willensbildungsprozeß den Ängsten und Widerständen der Menschen im Münchner Norden Sprache zu verleihen.
6. Beteiligen Sie sich möglichst zahlreich an der Bürgerinitiative, damit nicht ohne uns, die Betroffenen, entschieden wird.
Jedes Mitglied, jede Unterschrift, jede Aktion, an der Sie sich beteiligen, erhöht unser politisches Gewicht.

Entwurf: Dr.Sepp Koch, Garching, 31.7.91